FRIEDENS JOURNAL

Kriege beenden - Kriegsursachen bekämpfen

- NATO-Gipfel: Aggressive Strategie – neu verpackt
- Balkan: Wege zum Frieden
- Südsudan: Trügerische Hoffnungen
- Brasilien: Der stille Riese im Aufbruch
- Atomkraft: Abrüsten und abschalten
- „Soldaten sind Mörder“ und die Politische Justiz

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag

Januar2011/Nr. 1

Inhalt

SCHWERPUNKT

NATO-Gipfel: Aggressive Strategie. 3
Süd-Sudan: Trügerische Hoffnungen 7

GASTBEITRAG

Der Balkan: Wege zum Frieden 4

THEMA

Brasilien: Der stille Riese im Aufbruch. 9

INTERVIEW

Atomkraft: Abrüsten und abschalten 11

FRIEDENSBEWEGUNG

Mord verjährt nicht – auch nicht bei Soldaten. . . .13

RUBRIKEN

Im Blickfeld: 9,10, 12,14
In eigener Sache 15
Buchbesprechung 15
Friedenspolitische Schwerpunkte 2010.. 16

FOTOS

Titelbild:
Eröffnungsplenum des 17. Friedensratschlages in Kassel am 4.12.2010 – Am Rednerpult: Matin Baraki

Quellenangaben zu Fotos im Heft:
Seite 1, 5, 12 Karl-Heinz Peil
Seite 7: Wikipedia

Das nächste Friedensjournal erscheint am 11. März 2011

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Solibeitrag von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.
Internet:
www.frieden-und-zukunft.de/friedensjournal

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
Tel.: 05 61 / 937 17574
e-mail: peter.strutynski@gmx.de
www.ag-friedensforschung.de

Redaktion:
Christine Buchholz, Bernd Guß, Lühr Henken, Werner Ruf, Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski, Horst Trapp,
V. i. S. d. P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Bankverbindung:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01 · Kto.-Nr.: 2 00 08 13 90

Friedensratschlag 2010 mit wichtigen Impulsen

Liebe Leserinnen und Leser,

in der ersten Ausgabe eines neuen Jahres sind im Friedensjournal traditionell Beiträge von dem jährlichen Friedensratschlag in Kassel abgedruckt, der auch diesmal am 4. und 5. Dezember 2010 mit einer konstant hohen Beteiligung stattfand.

Einleitend bringen wir in dieser Ausgabe den Beitrag von Ehrhard Crome, der auf dem Ratschlag die Ergebnisse des NATO-Gipfels in Lissabon analysierte. Was sich hinter dem Wust an pauschalisierten, nebulösen Zielsetzungen und Absichtsbekundungen der NATO verbirgt, lässt sich praktisch anhand der Entwicklung auf dem Balkan seit dem Ende des Kalten Krieges verfolgen. Dort wurde mit massiver Einmischung von außen – vor allem durch die NATO – eine systematische Destabilisierung betrieben, aus geostratregischen und hegemonialen Interessen. Der frühere jugoslawische Außenminister Jovanovic musste dieses auf dem Friedensratschlag als Bestandsaufnahme beklagen. Wir haben seinen Beitrag in gekürzter Form abgedruckt.

Ebenfalls ein erschreckendes Beispiel äußerer Einmischung ist der Süd-Sudan, der aktuell wieder durch die (bei Redaktionsschluss noch laufende) Volksabstimmung zur Abtrennung vom nördlichen Teil im Blickpunkt steht. Unser Redaktionsmitglied Christine Buchholz hat als Bundestagsabgeordnete im letzten November den Sudan besucht und schilderte in Kassel ihre Reiseeindrücke. Auch im Sudan ist eine Entwicklung zu befürchten, für die der Balkan als „Vorbild“ steht.

Traditionell beginnen in den Monaten Januar und Februar die organisatorischen Vorbereitungen zu den jährlichen Ostermärschen, verbunden mit Diskussionen zur inhaltlichen Ausrichtung. In diesem Jahr fällt Ostermontag, der 25.April als Abschlusstag der Ostermärsche mit einem anderen besonderen Datum zusammen. In der Nacht vom 25. auf den 26. April 1986 wurde die Atomkraft-Katastrophe von Tschernobyl verursacht. Die IPPNW-Vorsitzende Angelika Claussen brachte deshalb auf dem Friedensratschlag ihre Vorschläge hierzu in die Diskussion ein.

Dieses ist Grund genug, um Überlegungen zu gemeinsamen Aktionen zwischen zwei sehr unterschiedlichen Bewegungen anzustellen. Auch wenn die Anti-Atomkraft-Bewegung mittlerweile eine jahrzehntelange Tradition seit den 70erJahren – ebenso wie die Friedensbewegung mit Unterbrechungen – aufzuweisen hat, so sind diese Bewegungen bezüglich ihrer sozialen Basis, Protestkultur und Bündnisbreite immer noch sehr unterschiedlich. Für die Ostermärsche gilt zudem, dass diese stark regional ausgerichtet sind, was sich in sehr unterschiedlichen Trägerkreisen, Aufruftexten und Kundgebungsrednern niederschlägt. Das gemeinsame Datum 25. April 2011 kann deshalb nur ein erster Schritt sein, um ein aufeinander zugehen von vorhandenen Bewegungen zu forcieren. Vor allem die IPPNW Deutschland ist in beiden Bewegungen verankert. Wir haben deshalb die Vorsitzende der IPPNW Deutschland in einem Interview zu ihren Vorstellungen einer Zusammenarbeit befragt.

Am 24.12. des letzten Jahres erschien auch diesmal wieder eine Weihnachtsanzeige des Bundesausschusses Friedensratschlag in der Frankfurter Rundschau, Dem Neuen Deutschland und der Jungen Welt. Diesmal beinhaltete der Aufruftext „nur“ den Afghanistan-Appell, was zu einer weiteren Unterstützung dieser Kampagne beigetragen hat. So kamen weitere unterstützende Unterschriften, wurden Listen angefordert und weitere gesammelt. Die Aktion geht verstärkt weiter.

Karl-Heinz Peil

Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte bei. Wir bitten die Leserinnen und Leser um Überweisung des Soli-Beitrages von mindestens 15 €.

NATO-Gipfel: Aggressive Strategie – neu verpackt

von Erhard Crome, Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
Kurzfassung des Beitrages vom 17. Friedensratschlag in Kassel

Nach dem Ende des kalten Krieges und der Auflösung des Warschauer Vertrages lag nichts näher, als dass die NATO ebenfalls rasch verschwinden müsste. Die Regierungen der NATO-Staaten und die der Organisation zugehörige Hoch-Bürokratie sorgten jedoch für veränderte Aufgabenstellungen. Statt der großen „Gefahr aus dem Osten“ war nun die Rede von vielfältigen Gefährdungen und Risiken, denen gegenüber der Westen gewappnet sein solle. Die „Friedensdividende“ – eine Reduzierung der Mittel und Kosten für Militär und Rüstungen und die Umverteilung für soziale Zwecke – blieb aus. Die NATO führte 1999 gegen Jugoslawien ihren ersten, völkerrechtswidrigen Krieg. Es folgten weitere Kriege und Militäreinsätze, so mittlerweile im zehnten Jahr der Krieg in Afghanistan. Die weltweiten Rüstungsausgaben übersteigen seit 2006 die Höhe von 1200 Mrd. US-Dollar und damit das höchste Volumen, das sie der Zeit des kalten Krieges erreicht hatten; zwei Drittel davon entfallen auf die NATO-Staaten.

Obwohl im NATO-Vertrag von 1949 nicht vorgesehen, gab sich das Bündnis mit dem strategischen Papier von 1999 eine weltweite Ausrichtung, beschlossen während der Bombardements von Belgrad auf dem Gipfel in Washington. Während des NATO-Gipfels in Straßburg und Kehl 2009 wurde das damalige Papier für nicht zureichend erklärt, es sollte ein neues her. Daran wurde bis November 2010 gefeilt, damit es auf dem Gipfel in Lissabon beschlossen werden konnte.

Die veränderte Weltlage

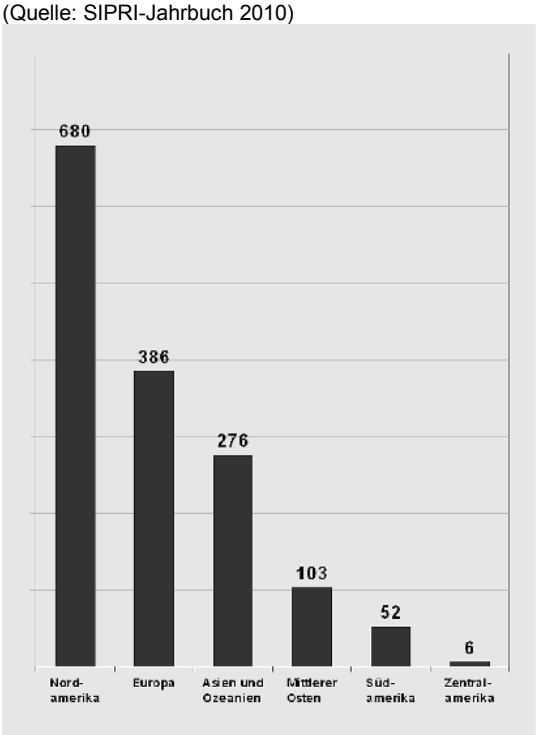
Der Gipfel von Lissabon hat keine Antworten gegeben, die mit der derzeitigen Weltlage zu tun haben. Die Hauptprobleme unserer Zeit sind Armut, Hunger, Krankheiten, Kindersterblichkeit, unzureichende Bildungs- und Gesundheitssysteme, Klimaveränderung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, Artensterben. Keines dieser Probleme kann militärisch gelöst werden. Der als Ursache von Terrorismus, Piraterie und Migrationsdruck auf die Länder des Westens immer wieder zitierte Staatszerfall ist in aller Regel die Folge der nicht gelösten sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Länder des Südens. Diese sind verursacht unter dem Druck einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung, von westlicher Marktmacht sowie von Internationalem Währungsfonds und Weltbank. Diese Probleme zu lösen bedarf friedlicher Mittel und Kräfte. Politische Stabilität, gute Regierungsführung und Demokratie sind nicht mit Panzern und Kanonen herbeizuführen, was sich gerade im Irak und in Afghanistan zeigt.

Hinzu kommt, dass der Lissabon-Gipfel kurz nach dem offenen Ausbruch der größten Finanz- und Weltwirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg stattgefunden hat. Gerade waren riesige „Rettungspakete“ geschnürt worden, um Banken und ausgewählte Großfirmen in den USA und Westeuropa zu retten. Die Kosten dafür wurden auf die arbeitenden Menschen und sozial Schwachen abgewälzt. Sozialabbau, Rentenkürzungen und Demontage der Gesundheits- und Bildungssysteme sind die Folge. Die Krise wanderte aus den Sphären von Finanzen und Wirtschaft in die Krise der Staatsfinanzen, die eine Krise des sozialen Zusammenhalts zur Folge hat. Vor diesem Hintergrund ist die Orientierung auf einen anhaltend hohen Stand von Rüstung und Militärausgaben besonders verwerflich. Der Sozialabbau in Deutschland und allen anderen NATO-Ländern ist die Kehrseite der Schaffung und Aufrechterhaltung einer weltweiten Kriegsführungsfähigkeit.

Konfrontation mit China wäre kontraproduktiv

Für die USA ist vor allem nach der Niederlage im Irak-Krieg und dem Scheitern der vor allem militärisch orientierten Politik einer „unipolaren Welt“ die Auszehrung ihrer volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit das größte Problem.

Militärausgaben 2009 in Mrd. US$
(Quelle: SIPRI-Jahrbuch 2010)



Grafik: Friedensjournal

Es findet eine gleichsam tektonische Verschiebung des weltwirtschaftlichen Schwergewichts aus dem nordatlantischen Raum nach Asien statt, vor allem durch die herausragende wirtschaftliche Entwicklung Chinas. Auch dieser Veränderung ist – um den Preis eines atomaren Weltkrieges – aus Sicht der USA nicht mit militärischen Mitteln zu begegnen. Hinzu kommt, dass die selben Staaten in EU-Europa, die im Rahmen der NATO das Lied von der „westlichen Wertegemeinschaft“ mitsingen, ihren derzeitigen wirtschaftlichen Aufschwung vor allem der Zusammenarbeit mit China verdanken. Zugleich bleibt China der größte Gläubiger der USA.

Atomwaffen weiterhin strategischer Bestandteil

Während des Lissaboner Treffens wurde viel von „historischer“ Bedeutung geschwätzt. In der Gipfelerklärung wird proklamiert, das „neue Stra-

tegiekonzept“ gelte für die nächste Dekade. In dessen Einleitung heißt es, die NATO sei dem Ziel verpflichtet, „die Bedingungen für eine Welt ohne Atomwaffen zu schaffen“. Das ist etwas anderes, als das von US-Präsident Obama zu Beginn seiner Amtszeit verkündete Ziel einer atomwaffenfreien Welt. Weiter heißt es, solange es in der Welt Atomwaffen gebe, werde die NATO „eine nukleare Allianz bleiben“. Wie zu hören ist, soll es keine vertiefte Multilateralisierung der Verfügung über Atomwaffen geben – dann ist diese Formulierung jedoch zumindest missverständlich und widerspricht dem Vertrag über das Verbot der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. Mit anderen Worten: Das Festhalten der NATO an ihrer Nuklearwaffen-Strategie stellt die Weichen nicht etwa in Richtung Reduzierung atomaren Wettrüstens, sondern peitscht es weltweit weiter an.

Devise: Gefahren lauern immer und überall

Bei der Beschreibung des Sicherheitsumfeldes der NATO ist die Rede von „euro-atlantischer Integration“, die ein „historischer Erfolg der Politik der robusten Verteidigung“ sei. Haben wirtschaftliche, soziale und kulturelle Faktoren sowie wechselseitige Kapitalverflechtung keinen Anteil? Zur Bedrohungslage heißt es dann, „die konventionelle Bedrohung“ könne nicht ignoriert werden, in „vielen Regionen und Ländern“ gebe es Bestrebungen, „moderne militärische Kapazitäten“ zu schaffen – einen Beleg dazu blieben die Gipfelteilnehmer allerdings schuldig. Gemäß der Devise: Die Gefahren lauern immer und überall, werden sie nur pauschalisiert: Weiterverbreitung von Atomwaffen, Terrorismus , „Instabilität oder Konflikte jenseits der NATO-Grenzen“, „Cyber-Attacken“. Was die NATO als hochgerüstetes Militärbündnis auf diesem Felde tun soll, bleibt vollends nebulös. Weiter heißt es, alle Staaten würden in wachsendem Maße abhängen von „lebenswichtigen Kommunikations-, Transport- und Transitlinien, auf denen der internationale Handel, die Energiesicherheit und der Wohlstand beruhen“. Dies ist das – im Vergleich zum Strategiepapier von 1999 etwas verklausuliertere – Selbstverständnis der NATO, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitgliedstaaten wahrnehmen zu wollen, und sei es mit militärischen Mitteln. Weiter ist wieder die Rede von „Territorialverteidigung“, im Unterschied ebenfalls zum Papier von 1999, wohl als Rückgriff auf den ursprünglichen Gründungskontext der NATO und vor dem Hintergrund der antirussischen Reflexe in den neuen, osteuropäischen NATO-Ländern. Unter der Rubrik „Abschreckung“ wird nochmals bekräftigt, dass die NATO ein atomares Bündnis bleiben soll und die Atomwaffen die „höchste Garantie“ der Sicherheit der NATO-Länder bilden würden . Es werde auch künftig „einen Mix von atomaren und konventionellen Waffen“ geben. Zum Thema „Krisenmanagement“ wird die „zivil-militärische Zusammenarbeit“ hervorgehoben, die bislang schon die Unterordnung ziviler Hilfen und Konfliktbearbeitung unter militärische Logik und Kriegsführungsstrategien zur Folge gehabt hatte. Am Ende folgen vage Hinweise auf Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung, die angesichts der realen Entwicklungen der NATO und der NATO-Staaten jedoch eine rein deklarative Alibifunktion haben. Schließlich wird die EU als wichtiger Partner der militärischen Zusammenarbeit der NATO hervorgehoben. Das sagt allerdings mehr über die EU nach dem Vertrag von Lissabon, als über die NATO.

Russland – vom Gegner zum Partner?

Zu den Besonderheiten des NATO-Gipfels in Lissabon gehörte auch die Teilnahme des russischen Präsidenten Medwedjew. Dazu wurde eine gesonderte Erklärung des NATO-Russland-Rates veröffentlicht. Nach den offen gegen Russland gerichteten Plänen der USA und der NATO unter Präsident Bush zur Errichtung von Anti-Raketenwaffen im Osten Europas, gab es hier eine bestimmte Entspannung. Der mittlerweile ratifizierte Vertrag über strategische Atomwaffen (START) trägt seinerseits dazu bei. Lissabon zeigte, Russland vertritt seine eigenen Interessen, die nicht notwendig mit denen des Westens übereinstimmen müssen, will jedoch nicht, dass die Divergenzen militärisch ausgetragen werden. Zugleich unterstützt Russland logistisch den Afghanistankrieg, weil es bei einem Sieg der „Taliban“ eine islamistische Destabilisierung Zentralasiens befürchtet. Dass diese Position perspektivlos bleiben muss wie der ganze Afghanistankrieg, wurde zu übertünchen versucht. So war Medwedjews Beteiligung in Lissabon zunächst ein Signal an den Westen auf symbolischer Ebene.

Fazit: Es gibt keine vernünftige Alternative zu einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit in Europa, das mit Abrüstung und gegenseitiger Angriffsunfähigkeit verbunden werden muss. Die NATO ist für Europäische Sicherheitsprobleme nicht die Lösung, sondern das Problem selbst, welches durch den Lissabon-Gipfel vergrößert wurden.

GASTBEITRAG

Der Balkan: Wege zum Frieden – nur ohne NATO

von Zivadin Jovanovic, Präsident des Belgrader Forums für eine Welt der Gleichen und früherer Außenminister der Föderalen Republik Jugoslawiens, Kurzfassung des Beitrages auf dem 17. Kasseler Friedensratschlag am 5.12.2010

Das so genannte neue Konzept der NATO, das auf dem letzten Gipfel in Lissabon angenommen wurde, verlangt nach Wachsamkeit aller friedensliebenden Kräfte in Europa und der Welt. Die NATO versteht sich nun als eine globale aggressive Allianz, bereit ihre Kriegsmaschinerie zu jeder Zeit, in jedem Teil der Welt einzusetzen, entgegen den Grundprinzipien des internationalen Rechts und der Rolle des UN-Sicherheitsrates.

Anstatt das militärische Arsenal abzuziehen, insbesondere das nukleare, hat die NATO Pläne, neues in Europa und anderswo zu entwickeln und zu stationieren. Die Umsetzung solcher Pläne würde zweifellos ein neues Wettrüsten provozieren, das die Völker eines prosperierenden Lebens beraubt und Frieden und Stabilität aufs Spiel setzt. Wir sind sehr besorgt über die Tatsache, dass es heute mehr Militärbasen in Europa gibt als zur des Höhepunkts des Kalten Krieges.

Ein stabiler und prosperierender Balkan ist von höchstem Interesse sowohl für die Völker dort als auch für Europa insgesamt. Die Situation in der Region allerdings bleibt sehr komplex mit politischen, sozio-ökonomischen und Sicherheits- Problemen, die – zumindest in einigen Fällen – das Potential für neue Konflikte enthalten.Es gilt festzuhalten, dass während der vergangenen zwanzig Jahre der Balkan der Ort zum Testen neuer Doktrinen gewesen ist, und die Region mit den meisten dramatischen Wandlungen und neuartigen präzedenzlosen Vorgehensweisen in den internationalen Beziehungen.

Die Zweite Jugoslawische Republik wurde 1992 zerschlagen, die Dritte im Jahr 2006, beide durch eine Verknüpfung von internen und externen Faktoren.

Die NATO-Aggression gegen Serbien (Jugoslawien) 1999 war der erste Krieg auf europäischem Boden nach dem Zweiten Weltkrieg, präsentiert als „humanitäre Intervention“, aber gegen die Prinzipien des internationalen Rechts und ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrats.

Die einseitige Proklamation der Unabhängigkeit des Kosovo erfolgte, während die Provinz unter UN-Mandat stand und erneut ohne Zustimmung des Sicherheitsrats und gegen die Verfassung Serbiens.

NATO-Politik: Systematische Spaltungen

Nun sind sieben neue aber kaum nachhaltig überlebensfähige Staaten geschaffen worden, einige sogar durch schwere Bürgerkriege, deren Konsequenzen noch in kommenden Jahrzehnten zu spüren sein werden. Trotz einiger Fortschritte im Prozess der Normalisierung von Beziehungen besteht noch erhebliches Misstrauen, wodurch die Anstrengungen wirtschaftliche, soziale, kulturelle und andere Verbindungen wiederzubeleben beeinträchtigt werden. Nach über 70 Jahren gemeinsamen Lebens wurden diese Verbindungen abrupt abgeschnitten.

Zusätzlich zu alten nationalen Minderheiten sind neue gekommen. Der Balkan war natürlich schon in der Vergangenheit bekannt für seine Mischung von Nationen, Kulturen und Religionen und seinen Konflikten. Und nun, nach der weiteren territorialen Fragmentierung während der letzten zwei Jahrzehnte, hat er sich sozusagen „bereichert“ durch das Hervorbringen von noch mehr nationalen Minderheiten, Sprachen und sogar Religionen – mit sehr zweifelhaftem Nutzen.

Serbien beherbergt immer noch 220.000 vertriebene Personen aus dem Kosovo – hauptsächlich Serben, und ungefähr 300.000 serbische Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Das ist die höchste Anzahl von Flüchtlingen und Vertriebenen in einem europäischen Land. Dies verursacht nicht nur ernste sozio-ökonomische, sondern auch politische Probleme. Keinem Angehörigen dieser beiden Gruppen ist die sichere und freie Rückkehr zum Ort seiner Herkunft gestattet. Den Serben in Kroatien – obwohl ihnen territoriale Autonomie versprochen wurde – werden grundlegende individuelle Rechte, wie z.B. das Recht auf privaten Besitz ihrer Häuser, Wohnungen oder Höfe nicht gewährt.

Eine der potenziellen Quellen zur Destabilisierung ist Bosnien-Herzegowina, das gelegentlich auch als „failed state“ bezeichnet wird. Der verfassungsmäßige Rahmen dieses Staates wird bestimmt durch das Dayton-Paris Abkommen von 1995, und garantiert souveräne Gleichberechtigung der drei Völker (Moslem, Serben und Kroaten) sowie Gleichberechtigung der zwei Bestandteile, die Föderation Bosnien und Herzegowina und die Serbische Republik (Republika Srpska). Versuche des Hohen Repräsentanten und EU-Sonderbeauftragten, das konföderale System zu ändern und ein unitäres System einzuführen mit jährlichen Konsens bei Entscheidungen und einem Verfahren, das Majorisierungen zulässt, müssen als kontraproduktiv bezeichnet werden.

Meiner Ansicht nach kann Serbien die illegale Sezession des Kosovo nicht anerkennen. Eine Lösung sollte gesucht werden unter Respektierung der Grundprinzipien des internationalen Rechts, von UN-Beschlüssen und der Verfassung Serbiens als eines souveränen Staates. Eine solche Position wird unterstützt von einem Großteil der internationalen Gemeinschaft, einschließlich einigen der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats (Russland und China) wie auch EU-Mitgliedern (Spanien, Griechenland, Rumänien, die Slowakei und Zypern).

Exzessive Einmischung von außen

NATO und EU fahren fort, ihre eigenen Lösungen aufzuerlegen, die sich dann früher oder später als nicht nachhaltig erweisen. Dies erklärt wohl auch warum die NATO und EU substantielle militärische, polizeiliche und zivile Präsenz in Bosnien-Herzogowina, der Föderalen Jugoslawischen Republik, Mazedonien und im Kosovo aufrechterhalten, wo ungefähr 10000 NATO-Truppen stationiert sind, inklusive der größten Militärbasis der Welt (Bondsteel).

Es besteht kein Zweifel, dass die entscheidende Quelle für die Destabili-

sierung des Balkans heute der Kosovo bleibt. Offensichtliche massive Menschenrechtsverletzungen von Albanern dort waren aber nur ein Vorwand für die 1999 erfolgte NATO-Aggression gegen Serbien. Dieses war ein Präzedenzfall, ein erster "Ring" in einer Kette von Aggressionen und Okkupationen die darauf folgten.Die einseitige Sezessionen des Kosovo im Februar 2010 war ebenfalls ein gefährlicher Präzedenzfall. Ob es die Unabhängigkeit von Abchasien und Süd-Ossetien ermutigt hat, kann man diskutieren, aber die generellen Auswirkungen von dem „einmaligen Fall" Kosovo stehen wohl außer Frage.

Foto: Camp Bondsteel ist eine Militärbasis der US Army. Der Stützpunkt wurde nach dem Einmarsch von NATO-Truppen in das Kosovo im Juni 1999 errichtet. Er umfasst 386 Hektar und ist von einer Mauer umgeben. Als Büros und Unterkünfte dienen rund 250 Holzbaracken. Die Basis beherbergt bis zu 5.000 Soldaten der US-Armee und verbündeter Truppen. (Quelle: Wikipedia)

Die Nebenwirkungen von Pristinas einseitiger Sezession lassen sich in einem Wort zusammenfassen :

Spaltungen ! Spaltungen innerhalb der EU, UNO, OSZE, zwischen EU/NATO und Russland, auf dem Balkan und innerhalb Serbiens selbst.

Abgesehen von der Tatsache, dass die Provinz mit dramatischen sozio-ökonomischen Problemen konfrontiert ist, sowie hoher Arbeitslosigkeit, ist sie ein sicherer Hafen und ein Sprungbrett für Extremisten und Clans des organisierten Verbrechens, deren eigentliches Ziel ist im EU-Gebiet operieren zu können. Es wird geschätzt, dass über 60% des gesamten in Europa vermarkteten Heroins von der albanischen Mafia kontrolliert wird. Ferner kontrolliert sie das Schleusen von Menschen und lebenswichtigen menschlichen Körperteilen sowie den Waffenschmuggel.

Eine Beendigung des Protektorat-Status von Bosnien-Herzogowina wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Nach 15 Jahren Frieden und internationaler Verwaltung muss lokalen Institutionen und Politikern eine Chance gegeben werden zusammenzuarbeiten, Kompromisse zu finden und das Land zu leiten ohne den allmächtigen „Hohen Repräsentanten".

Die EU scheint der wichtigste Partner der Staaten des Balkan zu sein. Aber wie lange wird die derzeitige finanzielle, wirtschaftliche und institutionelle Krise der EU dauern ? Sich weiterhin ständig endlosen Forderungen der Brüsseler Bürokratie zu unterwerfen im Gegenzug für ständig wiederholte Versprechungen europäischer Perspektiven könnte sich als Verlust von eigenen vitalen Interessen herausstellen.

Westliches Wohlwollen gegenüber einem offensichtlichen Anstieg von Separatismus und territorialer Fragmentierung, wovon insbesondere Serbien und die serbische Nation betroffen ist, einerseits, und ein klare Unterstützung von Zentralisierung und Vereinheitlichung von bestimmten anderen Ländern, gemeint hier Bos./Hz. andererseits sind Beispiele für eine Politik der doppelten Standards.

Ich bin der Ansicht, dass Serbien mit seiner geo-strategischen Position und seinen Ressourcen in der Lage und willens ist, seine Rolle zum Erreichen einer nachhaltigen Stabilität und von Frieden und Entwicklung auf dem Balkan zu spielen. Aber Serbien ist konfrontiert mit ernsten Problemen. Zu allererst, Stagnation der sozio-ökonomischen Entwicklung : ca. eine Millionen Arbeitslose, 700.000 Menschen unterhalb der Armutsgrenze, Missachtung seiner legitimen nationalen Interessen. Serbiens territoriale Unversehrtheit und Souveränität wird dabei nicht nur durch die illegale einseitige Sezession des Kosovo gefährdet, sondern auch dadurch, dass derartige Tendenzen auch in anderen Landesteilen vorhanden sind (Vojvodina, Raska, südliche Bezirke).

Kürzlich wurde die „Gruppe der Freunde des Sandzak" (Raska) in Belgrad gebildet, bestehend aus den Botschaftern der USA, Deutschlands, GB und Italiens ! Die Gründung einer „Gruppe der Freunde" von einem besonderen Teil, einer Region eines souveränen Staates durch akkreditierte Diplomaten in diesem Land ist weder diplomatisch akzeptabel, noch respektiert es Partnerschaft oder Gastfreundschaft des jeweiligen Landes. Die serbische Öffentlichkeit und die Zivilgesellschaft würden doch erwarten, dass jede Seite sich um gegenseitiges Verstehen und Respekt bemüht, so dass der Balkan eine Region der Integration, des Friedens und der Stabilität wird und die Spaltungen, das gegenseitige Misstrauen und die Konfrontationen hinter sich lässt.

(Übersetzung : Eckart Fooken)

Trügerische Hoffnungen im Südsudan

von Christine Buchholz, friedenspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag. Sie reiste im November 2010 in den Sudan und besuchte Khartoum, Dschuba (Südsudan) und El Fasher (Darfur). Der nachfolgende Beitrag ist eine aktualisierte Fassung ihres Vortrages auf dem 17. Friedensratschlag in Kassel.

(Anmerkung der Redaktion: Insgesamt waren in dem Zeitraum vom 9. bis 15. Januar 2011 ca. vier Millionen registrierte Wähler vornehmlich aus dem Südsudan, teilweise aber auch aus der Diaspora im Norden und acht anderen Ländern aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Mit der Bekanntgabe der Ergebnisse wird erst Ende Januar gerechnet).

Das Mitte Januar 2011 erfolgende Referendum im Südsudan über die Abspaltung der südlichen Provinzen wird in Deutschland neue politische Auseinandersetzungen zwischen Bundesregierung und Friedensbewegung bringen. Not und Leid der Menschen im Sudan rufen hierzulande Reaktionen in der Bevölkerung hervor, aber um den Menschen wirklich helfen zu können, ist eine klare Bestandsaufnahme nötig.

Das Referendum markiert die Schlussphase des Friedensabkommens, das 2005 zwischen der Zentralregierung in Khartoum und der Regierung des Südsudans getroffen wurde. Wenn die Mehrheit im Südsudan - wie erwartet - sich für die Abtrennung entscheiden wird - soll am 9.Juli diese auch formell vollzogen werden. Dann erlischt auch das bisherige UNO-Mandat (UNMIS). Die Stimmung in Dschuba nach dem Referendum ist ausgelassen und voller Hoffnung. Nach jahrzehntelanger Demütigung durch den Nordsudan und 20 Jahren Bürgerkrieg konzentrierten sich alle Erwartungen auf das magische Datum des Referendums vom 9. Januar. Dabei hält die Realität kaum Schritt mit den Träumen vieler Südsudanesen.

Wirtschaftlich fast nur Selbstversorgung

Im Jahr 2010 benötigten 4,3 Millionen Personen im Südsudan Nahrungsmittelhilfen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hat keinen Zugang zu sauberem Wasser, weniger als jeder Zehnte hat Zugang zu Sanitäranlagen. Es sind zwar 1,3 Millionen Schulkinder eingeschrieben, aber nur eines von 50 beendet die Grundschule. Auf 1000 Grundschüler kommt ein Lehrer. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein 15-jähriges Mädchen bei der Geburt ihres Kindes stirbt, ist höher, als dass sie die Schule erfolgreich abschließt.

Im Südsudan gibt es im besten Falle eine reine Subsistenzwirtschaft, keine Industrie und keine mittelständische Produktion. Keine 100 Kilometer Straßen sind asphaltiert. Es gibt keine Eisenbahn. Die Hauptstadt Dschuba ist ohne Stromnetz, ohne zentrale Wasserver- und -entsorgung.

Bevölkerungswachstum, Klimawandel und äußere Faktoren wie der Einbruch der kapitalistischen Produktionsweise in immer mehr Segmente der Gesellschaft bewirken, dass die traditionellen Strukturen des Lebens und Wirtschaftens nicht mehr funktionieren. Aber die ökonomische Basis reicht nicht für neue, moderne.

Kapital aus aller Welt sucht nach Profitmöglichkeiten im Südsudan, aber größtenteils unter Ausschluss der einheimischen Bevölkerung, die für eine Verwertung in kapitalistischer Produktion nicht geeignet ist.

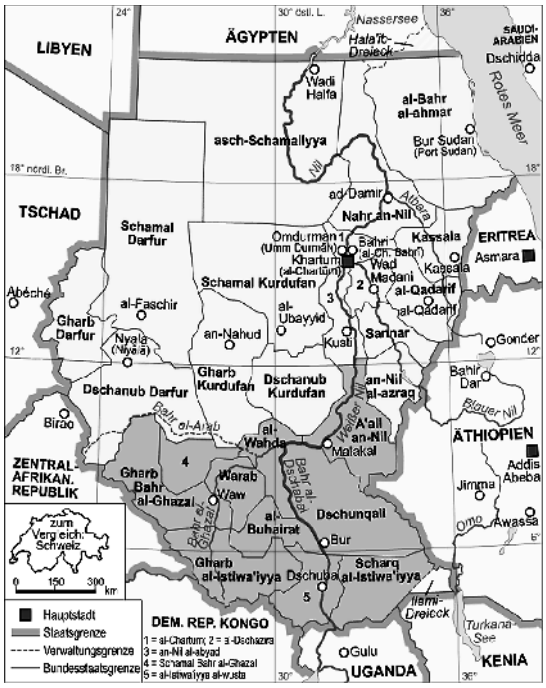
Ergebnis ist Landraub für Agrarproduktion oder Ölförderung, kombiniert mit Arbeitskräfteimport und Import von allen erforderlichen Gütern. Die Produktion ist fast ausschließlich für den Export gedacht. Es gibt keinen Markt vor Ort.

Dabei entsteht eine kleine Klasse von lokalen Kapitalisten, transformiert aus der Führungsschicht der Stammeskultur, meist über den Umweg des Militärs.

Neben den Konzernen, die unter Ausschluss der Bevölkerung Inseln der Akkumulation schaffen, gibt es weitere äußere Faktoren, die die Situation prägen.

Erstens: Die militärische Intervention der Zentralregierung, aber auch derer, die die "Sudan People's Liberation Army / Movement" (SPLA, SPLM) haben, hat erst jene Klasse lokaler Herrscher geschaffen, die jetzt in Dschuba und den Provinzen regieren. Zweitens: Die Internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) fluten den Süden mit Geld, das hauptsächlich in den Taschen eben jener Klasse fließt.

Den meisten Südsudanesen bleibt hingegen nur, weiter Subsistenzwirtschaft zu betreiben. Es wird für den lokalen Konsum produziert – und selbst dafür reicht es häufig nicht.



Der Aufbau einer modernen Industrie wäre mit extremen Investitionen verbunden, denn es mangelt an grundlegender Infrastruktur und qualifizierten Arbeitskräften.

Kapitalistische Entwicklung ohne Perspektive

Eine kapitalistische Entwicklung wird ein langsamer, schmerzhafter Prozess sein, der hauptsächlich von außen getrieben und nur Inseln kapitalistischer Produktion schaffen wird. Von diesem Prozess werden hauptsächlich die neuen Herrschenden des Südsudans und die investierenden Konzerne profitieren. Der Reichtum in

den Händen weniger wird Begehrlichkeiten wecken bei jenen, die ebenfalls Teil der traditionellen Herrschenden waren, und auch über bewaffnete Kräfte verfügen, sich nun aber ausgeschlossen fühlen. Verteilungskonflikte sind vorprogrammiert, weil sich in der durch den Bürgerkrieg militarisierten Gesellschaft zu viele zu Herrschern berufen fühlen.

Traditionelle Verteilungskonflikte um die Ressourcen des täglichen Lebens werden weiterhin ausgetragen werden, hauptsächlich entlang von Stammeslinien. Aber da jede bewaffnete Gruppe einen eigenen Quasi-Staat im Staat bildet und die Kommandeure sich nicht mit herunterfallenden Brosamen begnügen werden, baut sich hier das Potential für die Instabilität des Landes auf.

Die Probleme im Südsudan gehen tiefer als das Fehlen einer Zentralgewalt oder das Eingreifen des Nordens. Nachholende Entwicklung eines vorkapitalistischen Landes unter Bedingungen einer modernen Weltwirtschaft schafft Probleme, die im Rahmen des Kapitalismus nicht zur Zufriedenheit der Menschen gelöst werden können. Verschärft wird dies durch das Erbe des Kolonialismus, d.h. mit Grenzen quer durch Stammesgebiete, Teile-und-Herrsche-Politik der Kolonisatoren, den Bürgerkrieg.

Auch der Einsatz eines Heeres von Entwicklungshelfern und NGOs hat manche schlechten Auswirkungen. Jede einzelne von ihnen mag gute Arbeit leisten, insgesamt sind die NGOs aber zu einem eigenständigen Faktor geworden, der die politische Arbeit im Südsudan prägt, indem sie Governance-Programme schreiben, Geschäftskontakte vermitteln etc. So wenig, wie es der Markt im Südsudan richten wird, so wenig helfen Rudel von Geschäftemachern, die nach Gelegenheiten suchen, sich an der Not der Bevölkerung eine goldene Nase zu verdienen.

Abtrennung: ideologisch angeheizt durch US-Politik

Die Bush-Regierung hat über Jahre die Abtrennung des Südsudans betrieben. Dafür spielen ideologische Gründe eine zentrale Rolle. Der Freiheitskampf des christlichen Südens gegen den islamischen Norden – das passte in das Drehbuch des Krieges gegen den Terror. Ebenfalls erhofften sich die USA mit einem neuen Staat im Süden wieder Zugriff auf Öl-Konzessionen zu bekommen. Dazu muss man wissen, dass die US-Ölfirma Chevron in den 80er Jahren die meisten Ölkonzessionen hatte, aber aufgrund der Politik der USA, die das Bashir-Regime in Khartum international isoliert hat, ausgestiegen ist. Dadurch entstand erst die Lücke, die China, Indien und Indonesien, der schwedische Konzern Lundin und Total dann nutzten.

Allerdings trieb der so genannte Krieg gegen den Terror sonderbare Blüten. So wurde der Sudan, dessen Regierung vorgeworfen wurde, islamistisch zu sein, zwar isoliert, aber gleichzeitig betrieb die CIA ein Ausbildungsprogramm für sudanesische Sicherheitskräfte - unter anderem bot sie Verhör-Training an -, damit sie besser gegen al-Qaida vorgehen könnten.

Mittlerweile gibt es in der US-Regierung eine große Angst vor einem „failed state“ („Gescheiterten Staat“) mit Ausstrahlung Richtung Tschad, Zentralafrikanische Republik, Kongo, Uganda, Kenia, Äthiopien und Somalia. Obama weiß, dass der Präsident des Sudan al-Bashir in seiner Rolle als Diktator das Potential hätte, das Land zu stabilisieren, auch wenn das viele Menschen das Leben kosten würde.

Die Bestrebungen der USA sind daher real, die Isolation von Khartoum zu lockern und eine stabile Partnerschaft zwischen Nord und Süd herzustellen.

Die Abtrennung wird den Menschen im Sudan nichts bringen, nicht im Norden und nicht im Süden. Es ist schlicht nicht in ihrem Interesse, kleinere Staaten zu bilden, die noch stärker von imperialistischen Staaten abhängig sind und die auch noch gegeneinander ausgespielt werden können. Aber diese Einschätzung ändert nichts daran, dass die Unabhängigkeit der Wunsch der Menschen im Süden ist.

Linke im Sudan, wie beispielsweise die Kommunistische Partei, argumentieren für die Anerkennung des Rechts auf Abtrennung, für den gemeinsamen Kampf über ethnische, religiöse und nationale Grenzen hinweg gegen die sich selbst bereichernden Despoten im Norden wie im Süden. Auch wenn diese Strategie vermutlich nur in den kleinen Inseln mit Lohnarbeit, hauptsächlich im Dienstleistungssektor, Hoffnung auf Erfolg hat.

Bundesregierung: zweifelhafte Motive

Der deutschen Bundesregierung geht es nicht um das Wohl der Bevölkerung, sie ist auch keine tragende Säule des internationalen Engagements. Zwar hat sie mit der Isolierung des Nordens und der Unterstützung des Aufbaus eines eigenständigen Staates im Süden an der Seite der USA in die politischen Prozesse nach 2005 eingegriffen. Ihre Motivation liegt aber nicht im Sudan selbst. Die Bundesregierung will vor allem ein zunehmend wichtigerer Teil des UN-Systems sein. Eine andere Funktion hat die Entsendung der Bundeswehr nicht, denn ihr Beitrag ist vor allem symbolisch. Die meisten der 30 Bundeswehrsoldaten, die für UNMIS arbeiten, sind unbewaffnete Militärbeobachter. Sie berichten Sicherheitsvorfälle an Stelle in der sich dann Vertreter des Nordens und den Südens mit der Konfliktbearbeitung befassen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum diese Beobachterarbeit von Soldaten durchgeführt wird.

Die Friedensbewegung sollte dafür sorgen, dass die deutsche Regierung und das deutsche Kapital das Leid der Sudanesen nicht instrumentalisieren, um ihre eigene Rolle in der Welt auf deren Kosten zu stärken.

Dabei ist es durchaus möglich, den Menschen im Sudan zu helfen.

Beispielsweise durch einen bedingungslosen Schuldenerlass, die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Norden, die Unterstützung der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit mit dem Süden und dadurch, dass man zivile Krisenbearbeitung unterstützt. Das hat der DED auch bis Ende des Jahres 2010? getan, allerdings wurden ihm die Gelder gestrichen.

Brasilien: Der stille Riese im Aufbruch

von Achim Wahl, Berlin, 2002 bis 2004 Büroleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Sao Paulo , Aktualisierte Fassung eines Beitrages auf dem 17. Friedensratschlag in Kassel

„Mit Sicherheit kann man in Brasilien von einer "intellektuellen Revolution" und einem neuem Paradigma sprechen. Konsolidiert hat sich eine neue Art auf sich selbst, auf die Welt und die Herausforderungen zu schauen, die sich für die Möglichkeit und den Weg einer weiteren Entwicklung auftun, d.h. eine Neubestimmung seiner eigenen Identität und seiner eigenen Interessen." (Werneck Sodré Castro, brasilianischer Politologe)

Mit dieser Einschätzung der Position Brasiliens werden die Veränderungen deutlich, die im Denken der Gesellschaft erfolgten. Sie wurden nicht vom Staat an sich eingeleitet, sondern sind Ergebnis der Mobilisierung breiter Schichten und des wachsenden Einflusses der sozialen und linken Bewegungen in den letzten Jahrzehnten.

Der Aufbruch des Kontinents Lateinamerika und Brasiliens im Besonderen findet seinen Ausdruck im Streben nach einer eigenen Identität und Sicherung der Selbstbestimmung.

Die Prozesse in Lateinamerika tragen einen qualitativ anderen Charakter als in vergangenen Zeiten, besonders wenn sie in der Gesamtheit des Kontinents betrachtet werden. Da sich die Entwicklung in den einzelnen Ländern in unterschiedlichen Dimensionen vollzieht, wird ein Ausweg im Vorantreiben der regionalen Integration gesucht, für die es unterschiedliche Ansätze (Mercosur – ALBA) und regionale Ansätze (Südamerika – Mittelamerika/Karibik) gibt. Zur Unterstützung der Integrationsvorhaben wurde die Banco del Sur gegründet. Vorangetrieben wird auch eine eigene lateinamerikanischen Währung, der SUCRE.

Angepasster Kapitalismus mit Armutsbekämpfung

In den acht Jahren der Regierung Lula vollzog sich eine Reorganisation des brasilianischen Kapitalismus. Sie wird charakterisiert durch eine Stärkung nationaler Unternehmen, wie z.B. des Staatsunternehmens PETROBRAS, der Entwicklung des sog. Agrobussines und der Stärkung der Rolle des Staates als „Unternehmer", „Investor" und „Finanzier".

Die Politik der Regierung Lula wird nach Auffassung brasilianischer Politiker und Ökonomen charakterisiert durch eine Hinwendung zum Modell des „Neo-Desarrollismus" (spanisch: Entwicklung) nationaler, progressiver Prägung.

Darunter wird verstanden: Die Stärkung der Rolle des Staates, der Partizipation der Bevölkerung im politischen Leben (auch bezeichnet als „demokratische Revolution"),

die Realisierung umfangreicher sozialer Maßnahmen unter Beibehaltung des existierenden Produktionsmodells der Nutzung von Primärrohstoffen und der Entwicklung nationaler Produktionsstrukturen.

Faktisch ist es eine Kombination post-neoliberaler Politik (d.h. der Abwendung von dem Prinzip „der Markt reguliert alles") mit starken sozialen Elementen. Realisiert wurden Programme wie Bolsa Familia (materielle Versorgung von armutsleidenden Familien), „Luz para Todos" (Licht für Alle) und andere Entwicklungsprogramme. Damit wurden ca. 40 Mio. Menschen in andere soziale Verhältnisse gebracht, was auch zur Entstehung einer neuen Mittelklasse beigetragen hat.

Neue Politik unter alten Machtverhältnissen

Allerdings üben die Parteien der Regierungskoalition, angeführt von der Lula-Partei Partido dos Trabalhadores (Arbeiterpartei), keineswegs die Macht aus, denn Veränderungen im ökonomisch-sozialen Sinne, d.h. struktureller Veränderungen (z.B. Reform politischen Systems, weitgehende Agrarreform etc.) sind bisher kaum erfolgt. Konservative, neoliberale Kräfte verfügen nach wie vor über strategische Positionen in Staat und Wirtschaft. Mit dem Wahlsieg Lulas 2002 hat sich trotz dieser Situation die politische Lage in Brasilien grundsätzlich verändert. Das linke Lager verfügt mit der PT, die 1980 noch in der Zeit der Militärdiktatur gegründet wurde, über eine politische Kraft, die zur Veränderung des Kräfteverhältnisses im Lande führte.

Große Entwicklungsprojekte, vor allem auch im weiten Raum des Amazonasbeckens, sollen in der Zukunft die Sicherung der Energieversorgung der brasilianischen Wirtschaft absichern helfen. Dazu zählen der Bau neuer Wasserkraftwerke wie auch die Verlegung des Flusslaufes des Rio Sao Franzisco im Nordosten. Projekte dieser Art werden in der Bevölkerung Brasiliens kritisch gesehen, da sie – wie im Falle der Amazonasprojekte – zur Vertreibung von dort lebenden Menschen, zur Vernichtung des Urwaldes und zur Veränderung des Klimas beitragen können.

IM BLICKFELD

Nach Brasilien: Argentinien erkennt unabhängiges Palästina an

Die südamerikanische Staatengemeinschaft Mercosur ist sich einig: Nach Brasilien hat nun auch Argentinien formell einen unabhängigen palästinensischen Staat innerhalb der Grenzen von 1967 anerkannt. Als nächstes plant Uruguay diesen Schritt.

Buenos Aires - Drei Tage nach Brasilien hat Argentinien die staatliche Unabhängigkeit Palästinas in den Grenzen von 1967 anerkannt. Auch Uruguay gab am Montag seine Absicht bekannt, im kommenden Jahr dem Schritt seiner beiden Nachbarn folgen zu wollen. Israel nannte die Entscheidung bedauerlich und enttäuschend, der palästinensische Gesandte in Buenos Aires sprach dagegen von einem Freudentag.

Quelle: Spiegel Online / 6.12.2010

Mit dem erneuten Sieg der Kandidatin der PT, Dilma Rousseff, und ihrer Wahl zur Präsidentin, besteht die Möglichkeit, die bisher von Lula verfolgte

Politik weiter zu führen. In ihrer ersten Erklärung nach Amtsübernahme am 1. Januar 2011 bekräftigte sie die Absicht, hartnäckig den Kampf gegen die Armut in Brasilien fortzusetzen, denn noch immer leben ca. 18 Mio. Brasilianer in Armut.

Ein wesentliches Ergebnis der Regierungszeit Lula ist die Veränderung der Rolle Brasiliens in der Region und auf internationaler Ebene. Brasilien als Teil der BRIC-Staaten setzt sich gemeinsam mit diesen Ländern für die Einleitung eines Prozesses der Umgestaltung des Weltfinanzsystems und der internationalen politischen Ordnung ein. Dazu gehören die Sicherung der Umwelt, die Nahrungsmittelsicherheit, die Lösung der Energiefrage und der Durchsetzung der Prinzipien der „Global Governance".

Eigenständige Außenpolitik

Brasilien setzt sich für die Umgestaltung und Reform der UNO ein. Gemeinsam mit wichtigen Schwellenländern strebt es den Abschluss der Doha-Runde im Rahmen der WTO (Gründung der G-20 im Jahre 2003 in Cancun) und eine grundlegende Reform des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank an. Ziel ist die Demokratisierung internationalen Beziehungen, was faktisch die Beseitigung der Dominanz der USA und Westeuropas in den internationalen Beziehungen bedeuten würde.

Im Mittelpunkt der Außen- und Wirtschaftspolitik unter Lula stand die politische und wirtschaftliche Integration Lateinamerikas. Neben der Entwicklung des Mercosur (Wirtschaftsvereinigung Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay) wurde Kurs auf die Schaffung eines politischen Instrumentes, der UNASUR (Unión de la América del Sur), und des Verteidigungsrates (Consejo de Seguridad) genommen. Er soll der Lösung von Konflikten (wie z.B. zwischen Venezuela und Kolumbien) im Rahmen neuer lateinamerikanischer Organisationen dienen.

Angestrebt wird ebenfalls die Gründung der „Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten“ ohne USA und Kanada, aber mit Kuba. Die offizielle Konstituierung soll im Juli 2011 in Venezuela erfolgen.

Brasilien lehnte eine Beteiligung an den von den USA angeführten Kriegen im Irak und Afghanistan ab. Die brasilianische Außenpolitik ist ausgerichtet auf Multilateralismus und die Förderung der Süd–Süd-Beziehungen.

Im Fall des Militärputsches im Juni 2010 in Honduras verteidigte Brasilien den demokratisch gewählten Präsidenten Zelaya und verurteilte den von honduranischen Militärs mit Wissen der CIA durchgeführten Putsches.

Aufsehen erregte der Vertrag Brasiliens und der Türkei mit dem Iran, mit dem der Versuch unternommen wurde, den Konflikt mit diesem Land zu entschärfen.

Politische Kreise bezeichnen die brasilianische Außenpolitik als „Konkurrenz niedriger Intensität“, da deren Grundthese das friedliche Zusammenleben und die gegenseitige Achtung zur Grundlage ist.

Trotz gegenläufiger Tendenzen, d.h. einer in der letzten Zeit sichtbaren Gegenoffensive rechter Kreise, zeichnet sich eine Perspektive progressiver Entwicklungen in Lateinamerika ab, die wesentlich von Brasilien als dem bedeutendsten Akteur in Lateinamerika beeinflusst werden.

Die Veränderungen in Lateinamerika zeigen, welche grundlegenden Entwicklungen sich in letzten Jahren weltweit vollzogen haben.

IM BLICKFELD

Der stille Riese erwacht – Brasilien nach 8 Jahren Lula

Es war mehr als eine einfache Regierungsübergabe. Am 1. Januar streifte Brasiliens scheidender Präsident Luiz Inácio »Lula« da Silva seine Amtsschärpe ab und übergab sie an Dilma Rousseff. 30 Jahre nach ihrer Gründung geht die brasilianischen Arbeiterpartei (PT) in ihre dritte Regierungszeit. Auf den ehemaligen Arbeiterführer folgt die ehemalige Guerillera.

Die einstigen Gegensätze aus Zeiten der PT-Opposition sind nach acht Jahren Lula passé. Der Präsident hat sich als sozialdemokratischer Realpolitiker etabliert – aus dem von der Linken erhofften und der Rechten gefürchteten Neuanfang in der brasilianischen Politik wurde nichts. Lula praktizierte die Kunst des Machbaren, die jedoch nicht mit Ideenlosigkeit zu verwechseln ist. Die in Brasilien extrem ungleiche Verteilung von Eigentum blieb zwar unangetastet, nach dem marktradikalen Kahlschlag der vergangenen Dekade war es jedoch die PT-Regierung, die den Staat wieder handlungsfähig machte. Und diese neu gewonnenen Spielräume werden voll ausgenutzt.

Während in anderen Ländern Konjunkturpakete im wesentlichen aus Steuersenkungen für einige Branchen bestehen, gilt in Brasilien: »big state big government«. Der Staat reguliert, investiert und finanziert. Sozialpolitik und Industrieförderung sind die Achsen der Lulaschen Politik.Die Erfolge sind beachtlich. Seit 2003 wächst Brasiliens Wirtschaft um jährlich fünf Prozent, für 2010 ist ein historischer Anstieg von 7,8 Prozent prognostiziert. Nicht einmal die globale Wirtschaftskrise konnte diesen Trend stoppen. Die Zustimmung zur Politik ist klassenübergreifend: Die Unternehmer sind zufrieden, weil sich ihre Gewinne während der Amtszeit Lulas verdreifacht haben, die Gewerkschaften, weil die Löhne und Mindestlöhne steigen, die Armen, weil gigantische Sozialprogramme 45 Millionen Menschen ein gesichertes, wenn auch geringes, Basiseinkommen garantieren. Und die Mittelklasse freut sich, weil sie sich endlich im Konsumparadies wähnt. In Brasilien werden 2010 erstmals mehr Neuwagen zugelassen als in Deutschland.

Quelle: Junge Welt, 02.01.2011

Atomkraft: Abrüsten und abschalten

Interview mit Angelika Claussen, Vorsitzende der IPPNW Deutschland

FJ: Das Motto des 17. Friedensratschlages 2010 hieß im ersten Teil: Kampf um Rohstoffe, Wasser, Energie. Die Ausplünderung der Welt stoppen. Welche Rolle spielt in diesem Kontext Uran als Rohstoff?

Natururan wird aus Uranerz gewonnen und ist der Ausgangsstoff für die Produktion von Brennstäben für Atomkraftwerke sowie für hochangereichertes waffenfähiges Uran. Uran ist hochtoxisch und radioaktiv. Uran hat – je nach Isotope – eine Halbwertszeit von bis zu 4,46 Milliarden Jahren. Zum Vergleich: Das Alter des Planeten Erde wird auf 4,6 Milliarden Jahre geschätzt.

Die fünf weltweit größten Verbraucher von Uran sind die USA, Frankreich, Japan, Russland und Deutschland. Die USA haben eigene – im Vergleich zum Bedarf – minimale Uranressourcen; Russlands Bedarf und Ressourcen gleichen sich annähernd aus. Frankreich, Japan und Deutschland verfügen über keine eigenen Uranvorkommen. Laut Nuclear Energy Agency und International Atomic Energy Agency verfügen weltweit nur sieben Länder über nennenswerte Uranexport-Kapazitäten. Und diese Uranvorräte sind begrenzt.

Bisher wurden weltweit 2,3 Millionen Tonnen Uran gefördert und verbraucht. Bei einem derzeitigen Jahresbedarf von ca. 70.000 Tonnen ist in etwa 16 Jahren „Peak-Uran“ erreicht, zu dem etwa die Hälfte des heute bekannten und vermuteten Urans gefördert und verbraucht sein wird. Falls der Uranverbrauch auf dem heutigen Niveau verbleibt, würden die bekannten und vermuteten Vorräte für etwa 70 Jahre den Bedarf decken. Falls sich jedoch die heutigen Nuklearkapazitäten im Laufe der nächsten vier Jahrzehnte verdoppeln, dann reichen die Uranvorräte bis etwa zum Jahr 2050. Bei einer Verdreifachung wäre die Reichweite sogar ungefähr bis zum Jahr 2040 begrenzt, so dass für viele Reaktoren schon während ihrer geplanten Betriebszeit der Brennstoff ausgehen würde. Der Kampf um Rohstoffe spielt sich also beim Uran in ähnlicher Weise ab wie bei Erdöl und Erdgas.

FJ: Auch Großkonzerne sind für erneuerbare Energien, aber nur dann, wenn es um Großprojekte geht wie Offshore-Windkraftwerke und dem Desertec-Projekt. Welche friedenspolitische Dimension sehen Sie demgegenüber in dem Ausbau erneuerbarer Energien mit dezentralen Anlagen?

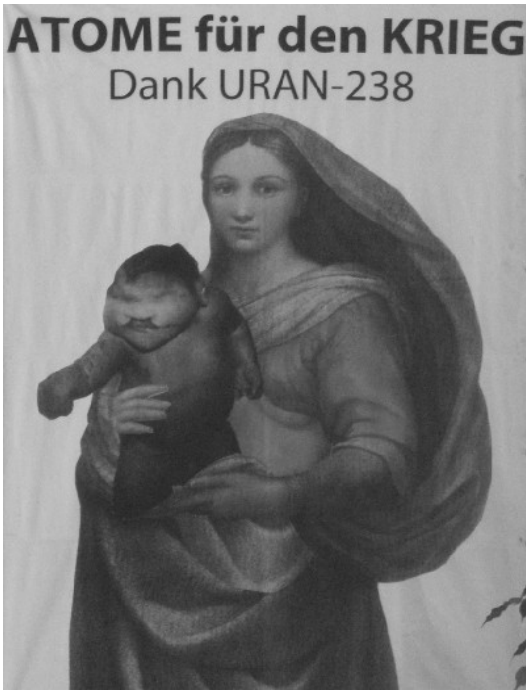
Ein Ausbau der erneuerbaren Energien ist nicht nur unter technischen Aspekten zu sehen, sondern insbesondere auch unter der Fragestellung, welche Erzeugungs- und Versorgungsstrukturen hierdurch gefördert werden. Können viele kleine Erzeuger im Verbund Energie für den regionalen Markt erzeugen, wird eine Energieautonomie und regionale Wertschöpfung gefördert. Darüber hinaus erweist sich dieses auch als unabhängige und krisenfeste Strategie der energieerezugung, die Kriege um Rohstoffe verhindern hilft. Durch Großprojekte wie die genannten Offshore-Windparke und Desertec bleibt die Abhängigkeit von Großkonzernen, von deren Macht- und Erzeugungsstrukturen und deren ausschließlicher Weltmarktorientierung für ihre Profite erhalten.

FJ: Der zweite Teil des Friedensratschlags-Mottos lautet: "Die atomare Selbstzerstörung der Menschheit verhindern". Die Friedensbewegung denkt dabei an Hiroshima, die Anti-AKW-Bewegung an Tschernobyl. Eine dritte Menschheitskatastrophe wird weder von der einen noch der anderen Bewegung richtig thematisiert: Der Einsatz von Uranmunition vor allem auf dem Balkan und dem Irak. Auch wenn dazu im Veranstaltungssaal in Kassel ein darauf gerichtetes Plakat auffällig platziert war: "Atome für den Krieg - Dank Uran-238".

Es ist sehr schade, dass sich nur wenige aus der Friedens- und aus der Umweltbewegung gegen den Einsatz von Uranmunition engagieren. Auf internationaler Ebene hingegen steht Uranmunition derzeit weit oben auf der Agenda. Im Verlaufe der 65. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen gab es im Rahmen des Ersten Komitees nach 2007 und 2008 einen dritten Resolutionsentwurf zu diesem Thema. Eingereicht wurde sie von der Bewegung der blockfreien Staaten. Die Resolution wurde am 28. Oktober 2010 verabschiedet. Mit „Nein“ votierten lediglich Frankreich, Großbritannien, Israel und die USA.

Uranmunition besteht aus sog. Depleted Uranium (DU), das ist die englische Bezeichnung für abgereichertes Uran - ein Abfallprodukt, das bei der Anreicherung von Kernbrennstoff für Atomkraftwerke und von waffenfähigem Uran für Atombomben entsteht. Es wird von der Rüstungsindustrie zur Herstellung von panzer- und bunkerbrechender Munition verwendet. Uran-Geschosse entfalten aufgrund ihrer extrem hohen Dichte eine größere Durchschlagskraft als konventionelle Munition. Außerdem entzündet sich das nach einem Treffer zu Staub gewordene und extrem erhitzte Metall im Inneren des Panzers oder Gebäudes selbst, das getroffene Ziel verbrennt. Dabei entsteht ein Uranoxid-Aerosol in der Größe eines Nano-Partikels, das sich mit dem Wind weiträumig verteilt und mit Staub immer wieder aufgewirbelt wird.

Über die Atemluft, das Wasser und langfristig auch über die Nahrungskette gelangt DU in den menschlichen Körper. Es wird „inkorporiert“ und in fast alle Organe eingebaut. Über die Placenta erreicht DU auch das ungeborene Kind und kann es schwer schädigen. Mögliche Langzeitschäden sind genetische Defekte bei Säuglingen, Kinderleukämien, Krebserkrankungen, Nierenschädigungen.



Die USA, Großbritannien, Russland, die Türkei, Pakistan, Saudi-Arabien, Thailand, Israel und Frankreich besitzen Uran-Waffen. Obwohl der Einsatz von DU nicht im Einklang mit dem „Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten“ und zu den Zusatz-Protokollen von 1977 steht, die den Einsatz giftiger Stoffe im Krieg untersagen, gibt es bisher keine Konvention zum Verbot von Uranwaffen.

Die IPPNW Deutschland ist Teil der Internationalen Koalition zur Ächtung von Uranwaffen ICBUW (International Coalition to Ban Uranium Weapons) und setzt sich für eine Uranwaffen-Konvention ein, einen internationalen Vertrag, der die Produktion, Besitz und Anwendung von Uranwaffen verbietet.

FJ: Am Ostermontag, den 25. April 2011 finden die Abschlusskundgebungen der tradtionellen Ostermärsche statt, diesmal zeitgleich mit dem 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl. Wie lassen sich die genannten inhaltlichen Schnittmengen von AKW- und Atomkriegsgegnern praktisch umsetzen? Friedensbewegung und Anti-AKW-Bewegung haben schließlich sehr unterschiedliche Traditionen, Strukturen und Herangehensweisen.

Die Friedensbewegung hat in den letzten Jahren die sog. “Energieaußenpolitik” und die dahinter stehenden wirtschaftlichen Interessen sehr klug kritisiert. Sie hat aufgezeigt, wie die Bundeswehr weltweit "deutsche Interessen" vertreten, dass deutsche Soldaten überall dort im Auslandseinsatz sind, wo es Öl, Gas oder andere knappe Bodenschätze gibt: Im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika.

Die Antiatombewegung hat über die Kritik an der Atomenergie das wirtschaftliche und gesellschaftliche Potential entdeckt, das in den Erneuerbaren Energien liegt.

> "Der beschleunigte Wechsel zu Erneuerbaren Energien ist eine ökologische, wirtschaftliche und soziale Existenzfrage mit friedenspolitischer Dimension. Es darf keine Zeit mehr verspielt werden."
>
> *Zitat von: Herrmann Scheer (verstorben am 14.10.2010)*

Dieses Zusammengehen, also die scharfe Kritik an der Atomenergie und den damit zusammenhängenden überkommenen Strukturen des zentralistisch organisierten Energieversorgungssystems und das Potential der Erneuerbaren, die den Weg zu einer Gesellschaft in Energieautonomie aufzeigen, das hat wesentlich zum Erstarken der Antiatombewegung beigetragen. Auch die Friedensbewegung ist wie die Antiatombewegung eine Bewegung, die längst vom Lebensgefühl in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland ist dagegen, dass Wirtschafts- und Energieinteressen am Hindukusch oder anderswo in Asien und Afrika verteidigt werden. Es liegt an uns, in der Friedensbewegung attraktive Aufrufe und Kampagnen mit attraktiven Formen zu entwerfen, die junge und alte Menschen gleichsam begeistern. Dafür ist der Ostermontag mit gemeinsamen Demonstrationen und Kundgebungen zur Friedens- und Energiefragen eine große Chance.

IM BLICKFELD

IPPNW-Faltblatt „Glaubst du das wirklich?“ zu erneuerbaren Energien erreicht Auflage von weit über 2 Millionen Exemplaren

Auszug aus dem 8-seitigen Faltblatt:

Erneuerbare schaffen Frieden
Keine Energie-Abhängigkeit vom Ausland

Weil die großen Energiekonzerne die Energiewende seit 30 Jahren blockieren, ist Deutschland heute zu rund 71% abhängig von Öl-, Gas-, Kohle- und Uran-Importen. Und die Energie-Rohstoffe werden – wie erwartet – weltweit immer knapper, teurer und umkämpfter. Schon jetzt werden Kriege um Öl geführt.

Die „Sicherung eines ungehinderten Zugangs zu Energie“ ist auch in den Mittelpunkt der deutschen Außenpolitik gerückt. Im Namen einer „Energie-Außenpolitik“ soll die Bundeswehr weltweit „deutsche Interessen“ vertreten. Längst sind deutsche Soldaten überall dort im Auslandseinsatz, wo es Öl, Gas oder andere knappe Bodenschätze gibt: Im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika. Für immer ausgedehntere Auslandseinsätze – und weil die Rüstungsindustrie ihre Profite steigern will – wird in Deutschland und Europa massiv aufgerüstet. Selbst der Erst-Einsatz von Atomwaffen wird angedroht.

Weiter Infos: www.neue-energie-deutschland.de

Mord verjährt nicht – auch nicht bei Soldaten

von Manfred Coppik, Rechtsanwalt in Offenbach a.M.

Mit inquisitorisch verkniffenem Gesichtsausdruck fragte vor kurzem ein ZDF-Moderator mehrfach die Vorsitzende der LINKEN Gesine Lötzsch, ob die deutschen Soldaten in Afghanistan Mörder seien. Er erweckte dabei nicht den Eindruck, dass er wirklich eine inhaltliche Aufklärung über diese Frage für sich und die Fernsehzuschauer haben wollte. Es ging offenkundig nur darum, eine Antwort zu entlocken, die dann mit diffamierender Wirkung in den Medienkreislauf geschickt werden kann.

Gesine Lötzsch machte ihm nicht den Gefallen, die Frage mit Ja oder Nein zu beantworten, sondern gab ihm eine gute und kluge Auskunft: Sie wolle nicht, dass deutsche Soldaten zu Mördern gemacht werden und forderte den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Tucholsky-Zitat: Gegen Doppelmoral

Aber sind die Soldaten nun Mörder? Die Diskussion über diese Frage ist alt, viel älter als das berühmte Tucholsky-Zitat, das er anknüpfend an seine Erlebnisse im Ersten Weltkrieg verwendete.

„Soldaten sind Mörder“

„Da gab es vier Jahre lang ganze Quadratmeilen Landes, auf denen war der Mord obligatorisch, während er eine halbe Stunde davon entfernt ebenso streng verboten war. Sagte ich: Mord? Natürlich Mord. Soldaten sind Mörder.“
Kurt Tucholsky in der „Weltbühne“ aus der Glosse „Der bewachte Kriegsschauplatz“(1931)

Der verantwortliche Redakteur Carl von Ossietzky wurde 1932 wegen „Beleidigung der Reichswehr“ angeklagt, jedoch freigesprochen, da keine konkreten Personen gemeint seien und eine unbestimmte Gesamtheit nicht beleidigt werden könne.

Quelle: Wikipedia

Und wie ist es nun in Afghanistan? Deutsche Befehlsgeber ließen dort bei Kundus ohne Vorwarnung Bomben auf eine größere Menschenansammlung werfen. Nach den Schätzungen wurden bis zu 142 Menschen umgebracht. Ist es Mord, eine Bombe in eine Menschenansammlung zu werfen? Wäre es hier in Deutschland und der Täter womöglich ein religiös motivierter Attentäter, dann wäre die Antwort ganz einfach. Aber bei Soldaten in Afghanistan? Die Bundesanwaltschaft stellte das Ermittlungsverfahren ein und folgte in frappierender Offenheit der Logik von Kurt Tucholsky. Was hier Mord wäre, ist einige Flugstunden davon entfernt keine Straftat, wenn der Täter Soldat ist und die anerkannten Regeln des Soldatenhandwerks beachtet. Wenn es sich nicht um verbotene Methoden der Kriegsführung handelt, bleibt das einfache Umbringen von Menschen straffrei, weil dieses wissentliche und willentliche Töten von Menschen eben zum Soldatenhandwerk gehört.

Hier soll nicht der Frage nachgegangen werden, ob bei dem Bombenanschlag der Bundeswehr bei Kundus tatsächlich das humanitäre Kriegsvölkerrecht beachtet wurde, woran erhebliche Zweifel bestehen. Es geht um die Frage, ob staatliche Organe der Bundesrepublik Deutschland willentlich und wissentlich Menschen töten oder töten lassen dürfen, ohne dass sich jemand in einer konkreten Notwehrsituation befindet. Steht Art. 2 Grundgesetz (Recht auf Leben) unter dem Vorbehalt der militärischen Zweckmäßigkeit? „Jeder hat das Recht auf Leben“. Jeder? Auch in Afghanistan? Auch Talibans und solche, die so aussehen?

Politische Justiz: Legale Morde als Konstrukte

Es ist erstaunlich, wie die Rechtfertigungskonstruktion der Bundesanwaltschaft über Grundwerte unserer Verfassung hinweggeht. Das Grundrecht auf Leben wurde in Reaktion auf die furchtbaren Verbrechen des Hitlerfaschismus im Grundgesetz besonders betont und stellt – so das Bundesverfassungsgericht – „innerhalb der grundgesetzlichen Ordnung einen Höchstwert dar“. Auch für die Bundesanwaltschaft? Auch wenn die Tötung im Interesse der Staatsräson liegt? Die Argumentation der Bundesanwaltschaft lässt da Schlimmstes befürchten.

In anderen Zusammenhängen wurde dem Recht auf Leben in der juristischen Diskussion ein weitaus größeres Gewicht beigemessen. Man denke an die Diskussion um die Mauerschützenprozesse. Dort kann man in Entscheidungen nachlesen, dass staatliche Präventionszwecke niemals die vorsätzliche, auch nicht bedingt vorsätzliche Tötung eines Menschen, der das Leben anderer nicht gefährdet, rechtfertigt, weil das Leben das höchste Rechtsgut sei. Der BGH bestätigt, dass diese Rechtsauffassung dem Grundgesetz und der

Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet sei. Gilt das nur bei einem Toten? Bei mehr als hundert nicht mehr? Der Schutz des Lebens vor willkürlicher Tötung sei von überragender Bedeutung, heißt es dort. Das vorsätzliche Töten von Personen, die nichts weiter wollten, als unbewaffnet und ohne Gefährdung allgemein anerkannter Rechtsgüter die Grenze zu überschreiten, könne nicht gerechtfertigt sein. Das vorsätzliche Töten von Menschen, die Benzinkanister an einem Tanklaster abfüllen wollten, aber doch?

Der Bundesgerichtshof berief sich bei den Mauerschützenprozessen auf eine menschenrechtsfreundliche Auslegung der einschlägigen militärischen Grenzvorschriften. Der Schutz des Lebens habe Vorrang. Es gäbe das elementare Tötungsverbot. Mutige Worte. Leider sind deutsche Amtsjuristen meistens nur vor gestürzten Kaiserthronen mutig. Und wenn der Täter die „falsche“ Uniform trug. Warum fehlt es an diesem Mut bei einem so schrecklichen und jeder vernünftigen Rechtfertigung entzogenen Tun, wie bei dem Bombenanschlag der Bundeswehr bei Kundus. Wieso findet man

dort plötzlich zur Rechtfertigung der Tötung zurück, weil es angeblich im Rahmen der anerkannten Regeln des Soldatenhandwerks geschah?

Völkerrecht: Legalisierung von Verbrechen im Krieg?

Schon Anfang des 19. Jahrhunderts hat der französische Staatsrechtler und Philosoph Alexis de Tocqueville in seinen Schriften dargelegt, dass dort, wo im Interesse der Herrschenden auch noch so willkürliches Unrecht geschieht, sich stets auch Rechtsgelehrte finden, die das offenkundige Unrecht in eine systematische Ordnung bringen und zu Recht erklären. Das Verbrechen des Krieges wurde durch das Kriegsvölkerrecht „legalisiert". Später versuchte man durch das sog. „humanitäre Völkerrecht" wenigstens bestimmte Verbrechen, die im Krieg begangen werden, als verbotene Methoden der Kriegführung aus der Straffreiheit herauszunehmen. Die Einsicht, dass der Krieg selbst ein Verbrechen ist, setzt sich nur langsam durch. Selbst die Verurteilung von Angriffskriegen ist heute trotz der UN-Charta noch nicht Allgemeingut. Das Verbot der Angriffskriege wird umgangen, Angriffskriege wie der der NATO gegen Jugoslawien werden in einer völkerrechtlich abenteuerlichen Weise gerechtfertigt, die Rechtmäßigkeit von Präventionskriegen wird gepredigt und das alles durch so abstruse Thesen untermauert, wie die, dass Deutschland am Hindukusch verteidigt wird. Das „humanitäre Kriegsvölkerrecht", das zwischen Kombattanten und Zivilisten unterscheidet, ist im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen kaum praktisch umsetzbar. Nun haben die vorgenannten Rechtsgelehrten auch noch die Figur des „ungesetzlichen Kämpfers" erfunden, den man völlig rechtlos stellt. Mit „Alles Taliban" wird auch eine offenkundig gegebene Strafwürdigkeit von Massentötungsdelikten unterlaufen. Im Lichte des Art. 2 GG ist das alles unhaltbar, denn unser Grundgesetz verbietet generell die vorsätzliche Tötung von Menschen, gegenüber denen keine konkrete Notwehrsituation besteht, durch deutsche staatliche Organe und Einrichtungen. Dieser Schutz gilt für alle Menschen und überall in der Welt.

Deshalb zurück zum Offenkundigen: Bomben in eine Menschenansammlung zu werfen, ist ein Verbrechen. Das gilt auch dann, wenn es aus Kriegs- oder Staatsräson geschieht und der Staat deshalb die schützende Hand der Straffreiheit über den Täter hält.

Deutsche Soldaten fahren nicht als Mörder nach Afghanistan. Viele von ihnen wurden dort selbst Mordopfer. Die meisten werden nur in einer konkreten Notwehrsituation zur Selbstverteidigung schießen. Ich hoffe, dass möglichst vielen der Tötungsbefehl gänzlich erspart bleibt und vielleicht auch einige den Mut finden, gegebenenfalls auch „Nein" zu sagen. Wer aber Menschen angreift, um sie willentlich und wissentlich umzubringen oder umbringen zu lassen, der sollte wissen, dass sein Tun nicht nur als Verbrechen bezeichnet, sondern auch als solches eines Tages geahndet werden könnte. Mord verjährt nicht.

Es ist höchste Zeit, dass die Bundeswehr aus Afghanistan abzieht.

Unterschriften für den Aufruf:

Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen

bitte an die Redaktionsanschrift des Friedensjournals (siehe Seite 2) einsenden. Unterschriftenlisten zum Ausdruck sind abrufbar unter *www.ag-friedensforschung.de*

IM BLICKFELD

Irak: Video zeigt US-Armee beim Blutbad – Soldaten als Mörder

Das Video dauert knapp zwanzig Minuten, und es zeigt ein Gemetzel. Aufgenommen im Sommer 2007 von der Bordkamera eines US-Kampfhubschraubers, ist eine Kreuzung in Bagdad zu sehen; im Fadenkreuz steht eine Gruppe Männer, unter ihnen ein Fotograf der Nachrichtenagentur Reuters.

Bilder vom Krieg, von leidenden und sterbenden Menschen, sind immer furchtbar. Doch das Video, das von der Organisation Wikileaks im Internet veröffentlicht wurde, ist ein besonders schockierendes Dokument. Es zeigt die ganze Willkür und die erschütternde Lässigkeit, mit der die US-Soldaten die Menschen im Irak mit Gewalt überzogen.

Denn nichts in den Aufnahmen deutet darauf hin, dass es sich bei den Opfern um Aufständische oder Terroristen handelte. Die Piloten wurden nicht beschossen, sie mussten keinen kämpfenden Kameraden am Boden beistehen, es herrschte helllichter Tag, die Sicht war gut. All die Ausreden, mit denen Soldaten üblicherweise den Tod von Zivilisten zu rechtfertigen versuchen- das Video widerlegt sie.

Statt dessen zeigt es schießwütige amerikanische Soldaten, die sich einreden, die umgehängte Kamera eines Pressefotografen müsse ein Gewehr sein, die dann seelenruhig ein Dutzend Menschen töten - und sich dafür auch noch auf die Schulter klopfen. Für das, was an jenem Tag an jener Kreuzung geschah, gibt es nur ein Wort: Mord.

Quelle: www.sueddeutsche.de – 06.04.2010

Zeitdokumente politischer Justiz – anschaulich und spannend

Heinrich Hannover: Reden vor Gericht, Verlag PapyRossa, Köln 2010, 276 Seiten, 22,00 Euro.

Eine Bücherlesung als Plenumsveranstaltung auf dem Kasseler Friedensratschlag ist eher ungewöhnlich. Ein entsprechender Beitrag von Heinrich Hannover passte aber hervorragend in den letztjährigen Veranstaltungsrahmen. Heinrich Hannover las einen Auszug aus seinem Plädoyer, das er 1964 vor dem Landgericht Wuppertal für seinen Mandanten Lorenz Knorr gehalten hatte, der Hitler-Generäle als Massenmörder bezeichnet hatte und deshalb vor Gericht stand.

Die ihm zu Beginn seiner Praxis zugewiesene Pflichtverteidigung eines Kommunisten im antikommunistischen Meinungsklima der frühen Bundesrepublik sollte prägend für sein gesamtes weiteres anwaltliches Wirken werden. Hannover hat zeitlebens die Rechte von Minderheiten vertreten, die sich auf die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit und andere Grundrechte (wie Recht auf Kriegsdienstverweigerung, Versammlungsfreiheit und Religionsfreiheit) beriefen und dabei in Konflikt mit der Staatsgewalt kamen. Er verteidigte Gegner der westdeutschen Wiederbewaffnung in den 1950er Jahren, Gegner der Notstandsgesetzgebung, der amerikanischen Kriegführung in Vietnam und der Kollaboration mit ausländischen Diktatoren (sogenannte Studentenbewegung oder Außerparlamentarische Opposition) in den 1960ern, zu Unrecht der Beteiligung an terroristischen Gewalttaten verdächtigte Angeklagte (er erzielte z.B. Freisprüche für Karl Heinz Roth und Astrid Proll) in den 1970ern und setzte sich für eine Änderung der Haftbedingungen für Ulrike Meinhof ein. In den 1990er Jahren verteidigte er Bundesvorstandsmitglieder der GRÜNEN, die zu Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht im Golfkrieg aufgerufen hatten. Nach der deutschen Wiedervereinigung verteidigte er auch Bürger der DDR, denen Landesverrat oder Mitwirkung an Wahlfälschung vorgeworfen wurde.

Hannover wurde in den Jahren 1978 bis 1984 mit Ehrengerichtsverfahren überzogen, in denen ihm vorgeworfen wurde, vom Recht der anwaltlichen Redefreiheit in standeswidriger Weise Gebrauch gemacht zu haben. Aus diesem Grunde begann Heinrich Hannover schon sehr früh damit, seine Plädoyers auf Tonband aufzuzeichnen, um diese als Beweismittel in eigener Sache vorhalten zu können. Das vorliegende Buch ist nun gewissermaßen als Abfallprodukt entstanden. Auf über 270 Seiten werden ausgewählte Plädoyer zumeist auszugsweise wiedergegeben und mit ergänzenden Hintergrundinformationen versehen. Ein Teil dieser Texte ist auch auf der beigefügten Audio-CD enthalten.

Natürlich ist der Inhalt von Buch und CD nur ein kleiner und sicherlich willkürlicher Ausschnitt aus seinem Wirken vor Gericht. Andererseits gibt es sicherlich kaum ein anderes Buch, das in derart leicht lesbarer und unterhaltsamer Form sehr lehrreiche Episoden der jüngsten deutschen Geschichte darstellt. Leider sind manche Plädoyer nicht nur Geschichte, sondern reichen immer noch in die Gegenwart hinein. Dieses gilt z.B. führt seinen erster Beitrag in dem Buch, die Verteidigung des Kommunisten Meyer-Buer vor dem Landgericht Bremen 1963. Assoziationen zu der aktuell wiederbelebten Kommunistenhatz in Deutschland stellen sich damit unweigerlich ein. Deshalb: ein unbedingt lesenswertes Buch.

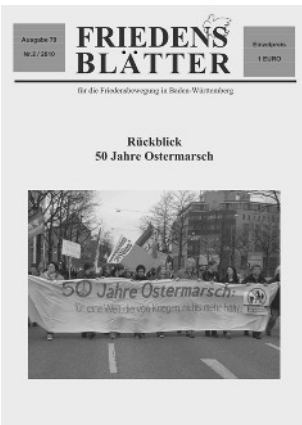
Karl-Heinz Peil / Wikipedia

IN EIGENER SACHE

Friedensjournal und Friedensblätter künftig vereint

Parallel zum Friedensjournal erschienen bisher in Baden-Württemberg die Friedensblätter 4 mal jährlich. Sowohl in Bezug auf die Inhalte wie auch in der Aufmachung gab es damit eine starke Überschneidung mit dem Friedensjournal - teilweise auch mit dem Abonnentenkreis.

Der Förderverein Frieden e.V. in Stuttgart, hat beschlossen, seinen Abonnenten zukünftig anstelle der Friedensblätter das Friedensjournal anzubieten mit einem redaktionellen Bezug (Info) zu Baden-Württemberg.
Herausgeber und Redaktion des Friedensjournals begrüßen diesen Beschluss.



FRIEDENS BLÄTTER

für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg

Friedenspolitisches Aktionsprogramm 2011

verabschiedet vom Bundesausschuss Friedensratschlag am 3. Dezember 2010

Die Regierungen der reichen Staaten befestigen ihre Machtstellung gegenüber den Rest der Welt. Dazu soll die NATO gestärkt, die Europäische Union militarisiert und die Bundeswehr endgültig in eine Interventionsarmee transformiert werden. Dagegen regt sich Widerstand in vielen Teilen der Welt. Während große Kriege wie die in Afghanistan, in Pakistan und viele bewaffnete Konflikte in Afrika, Asien und Lateinamerika weiter geführt werden, besteht die Gefahr neuer Kriege insbesondere im Nahen Osten (Iran) und im Sudan. Friedenspolitik muss auf die Beendigung aller Kriege und auf die Verhinderung neuer Kriege dringen. Abrüstung und die Achtung des Völkerrechts sind zwei notwendige Voraussetzungen für eine andere, eine friedlichere Welt. Letztlich setzt die internationale Friedensbewegung auf eine vorausschauende, präventive Friedenspolitik, die weltweit auf Beseitigung der Konfliktursachen gerichtet ist.

Schwerpunkte unserer friedenspolitischen Arbeit 2011 werden sein:

(1) Afghanistan-Krieg beenden:

Der Kampf um die Beendigung des Afghanistan-Krieges hat für die Friedensbewegung weiterhin Priorität. Die Ergebnisse des Krieges sind desaströs. Ein Abzug der Bundeswehr wäre ein ermutigendes Signal auch für andere Staaten. Das entspräche auch dem Wunsch der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland. Die Friedensbewegung hat sich im Sommer 2010 auf den gemeinsamen Unterschriften-Appell „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen“ verständigt, für den weiter breit geworben wird.

(2) Atomwaffen abschaffen:

Der Einsatz atomarer Waffen und deren Ersteinsatz bleiben Teil der strategische Planung. Alle Appelle an die Regierungen zur Einhaltung des Nichtverbreitungsvertrags werden so lange wirkungslos bleiben, als nicht die Atomwaffen besitzenden Staaten mit gutem Beispiel voran gehen und mit der Abrüstung Ernst machen. Atomwaffenfreie Zonen, z.B. auch für den hochexplosiven Nahen und Mittleren Osten, können geeignete Schritte auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt sein. Als deutschen Beitrag zur atomaren Abrüstung fordern wir den Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel und die Beendigung der atomaren Teilhabe im Rahmen der NATO.

(3) Die NATO delegitimieren:

Die NATO ist zu einem Überbleibsel einer untergegangenen bipolaren Weltordnung geworden. Ihr Fortbestand dient der militärischen Absicherung imperialistischer Interessen gegen die Ansprüche der Völker der unterentwickelt gehaltenen Welt und richtet sich gegen Mächte, die dem freien Fluss ausländischen Kapitals nationale Schranken entgegen setzen wollen. Wir stellen die NATO dar, als das was sie ist: Der größte Militärpakt der Erde, dessen Mitgliedsstaaten drei Viertel der weltweiten Rüstungsausgaben auf sich vereinen, und der bereit ist, seine imperialen Interessen nicht nur in Afghanistan, sondern auch sonst in der Welt durchzusetzen. Die Friedensbewegung arbeitet weiter an der Delegitimierung der NATO mit dem Ziel ihrer Abschaffung.

(4) „Nein zur europäischen Militärunion“:

Die Europäische Union ist mit dem Lissabon-Vertrag endgültig zu einem Militärbündnis geworden. Sie verfügt über eine eigene Sicherheitsstrategie, über eigene militärische Fähigkeiten (z.B. die bekannten Battle Groups) und eine europäische Rüstungsagentur, deren Aufgabe es ist, die geforderte Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der EU (Aufrüstungsverpflichtung) zu vermitteln und zu managen. Wie in der Kampagne gegen den Verfassungsvertrag muss es auch heute für die Friedensbewegung heißen: „Ja zu Europa, Nein zur europäischen Militärunion“.

(5) Keine Interventionsarmee Bundeswehr:

Guttenbergs Bundeswehrreform zielt auf weltweite Interventionsfähigkeit zur Sicherung der wirtschaftlichen Interessen „Deutschlands“ ab. Die Devise der Herrschenden lautet: Kleiner und feiner, effektiver und aggressiver! Wir weisen darauf hin, dass die Bundeswehr gemäß dem Grundgesetz und im Einklang mit dem Gewaltverbot der UN-Charta ausschließlich der Verteidigung dient. Darüber hinaus fordern wir die Abrüstung der Bundeswehr bis zu ihrer Abschaffung.

(6) Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr:

Die grundsätzliche Ablehnung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr gehört zum festen Bestandteil der Friedensbewegung. Deutsche Soldaten haben weder in Afghanistan, noch auf dem Balkan, noch am Horn von Afrika oder im Sudan etwas zu suchen. Wo Menschen ihrer fundamentalen Rechte beraubt werden, ist wirksame Hilfe nur mit zivilen, nicht-militärischen Mitteln möglich. Jede Prävention, jede Form ziviler Konfliktbearbeitung, jeder Einsatz politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Mittel ist das vernünftige Gegenteil von militärischer Intervention.

(7) Schluss mit den Rüstungsexporten:

Die Bundesrepublik Deutschland belegt seit Jahren einen der vordersten Plätze im internationalen Rüstungsgeschäft. Geliefert wird in alle Weltteile, in Spannungsgebiete und an Bürgerkriegsparteien. Wir fordern ein Verbot jeglichen Rüstungsexports. Auch die sog. „Kleinwaffen“ dürfen nicht weiter gegeben werden; Lizenzverträge mit anderen Staaten sind zu verbieten.

(8) Rüstungsindustrie verstaatlichen und konvertieren:

Die privatwirtschaftlich organisierte Rüstungsindustrie ist am Gewinn interessiert und kennt weder Moral noch politische Verantwortung. Alles deutet darauf hin, dass die Rüstungsunternehmen ihre Produktion auch über eine Ausdehnung des Exports steigern will. In der schwarz-gelben Regierung haben sie einen wichtigen Förderer ihrer Anliegen. Wir setzen dem entgegen: Die hoch gefährliche Rüstungsindustrie muss verstaatlicht und gezielt auf die Produktion nützlicher ziviler Güter umgestellt werden (Konversion). Der Staat als 100-prozentiger Abnehmer der produzierten Waffen und militärischen Geräte trägt auch die Verantwortung für die Umstellung der Rüstungsproduktion bei Erhalt der Arbeitsplätze.

(9) Gegen die Militarisierung von Schule, Hochschule und Gesellschaft:

Die Regierung ist bestrebt, durch verstärkte Werbeanstrengungen – auch unter arbeitslosen Jugendlichen - dem Schwund an Nachwuchs entgegen zu wirken. Zugleich wird damit die innere Militarisierung vorangetrieben. Diese Offensive setzt auf die Militarisierung der Bildung und des Denkens und macht weder vor Schule, Hochschule und Arbeitsagenturen noch vor Jahrmärkten und Volksfesten halt. Wir unterstützen alle Aktivitäten die darauf abzielen, die ideologische Offensive der Bundeswehr abzuwehren, die sich heute an Schulen, Messen („Karrieretreffs“), Volksfesten oder bei Gelöbnissen und Zapfenstreichen manifestiert. Wir unterstützen den Kampf der Studierenden für die Einführung von „Zivilklauseln“.

(10) Völkerrecht einhalten und UNO demokratisieren:

In der UN-Charta sind die wesentlichen Prinzipien des Völkerrechts verankert wie die Souveränität, Gleichberechtigung und territoriale Integrität der Staaten, das unbedingte Gewaltverbot sowie das Verbot, sich in die inneren Angelegenheiten von Staaten einzumischen. Die militärische Dominanz der NATO-Staaten vermochte bereits dreimal nach Ende der Blockkonfrontation durch Aggressionskriege (gegen Jugoslawien, Irak und Afghanistan) sich über das Völkerrecht hinweg zu setzen. Obwohl problematische und falsche Entscheidungen des UN-Sicherheitsrats nachträglich zu Legitimierungen dieser völkerrechtswidrigen Angriffskriege geführt haben, bleibt das UNO-System ohne vernünftige Alternative. In der UNO-Vollversammlung sowie in den meisten Gremien und Untergliederungen stehen die große weltweite Mehrheit der Mitgliedsstaaten gegen imperialistische Einmischung und Dominanz. Im UN-Sicherheitsrat sind unterprivilegierte Staaten unterrepräsentiert. Die UNO muss zu einem Anwalt der Schwachen werden. Es muss um eine Demokratisierung – nicht um eine Marginalisierung der UNO gehen.